

Darüber hinaus aber haben sie eine Politik getrieben, die in allen Punkten in striktem Widerspruch zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens steht. Niemand in Westdeutschland untersteht also mehr rechtmäßig den Anweisungen der Besatzungsmächte. Darin liegt unser Recht auf den nationalen Widerstand, denn es ist ein Widerstand gegen einen rechtlosen Zustand, einen Zustand, auf den das Wort zutrifft: Gewalt geht vor Recht! (Starker Beifall.)

Eine erhebliche Rolle haben in den letzten Monaten einige Kirchenführer zu spielen versucht. Darum ist in dem vorliegenden Entschließungsentwurf ein besonderer Abschnitt über die Rolle der Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik enthalten. Es ist vollkommen richtig darauf hingewiesen, daß es den reaktionären Kirchenführern nicht um die berechtigten Interessen der Kirche geht, sondern um die Störung der politischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik und um die Errichtung eines monopolistischen Glaubenszwanges. Im Grunde genommen handelt es sich um zwei entscheidende Fragen. Die Kirchenführer erheben Einspruch dagegen, daß an den Hochschulen und an den anderen Schulen der Deutschen Demokratischen Republik der dialektische Materialismus als die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse gelehrt wird. Sie nehmen für sich aber die Freiheit des Theologiestudiums in Anspruch, das an allen Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik garantiert ist und durchgeführt wird. Um diese Frage eindeutig und bestimmt zu beantworten, geben wir diesen Vertretern der Kirche folgende Antwort:

Wir werden euch nadi wie vor die Freiheit des Theologiestudiums belassen. Darüber hinaus lehnen wir es ab, von der Kirche als Institution irgendwelche Vorwürfe oder Vorschläge über die Gestaltung der Lehr- und Studienpläne entgegenzunehmen. Die Universitäten und Hochschulen sind staatliche Schulen, über die einzig und allein der Staat und die dazu berufenen Organe entscheiden, niemals aber die evangelische Kirche. (Lang anhaltender, lebhafter Beifall.)

Die zweite Frage betrifft die Tätigkeit der Pfarrer im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die Kirche geht gegen solche Pfarrer disziplinarisch vor und bereitet ihnen Schwierigkeiten. Die hier als Störenfriede auftretenden Kirchenführer wenden sielt keineswegs gegen die politische Betätigung der Pfarrer überhaupt, sondern nur gegen ihre fortschrittliche und demokratische Betätigung. Sie haben nichts dagegen, wenn Pfarrer die Kanzel zu reaktionärer Propaganda mißbrauchen. In diesem Punkte liegt eine eindeutige